



# Für Religionsfreiheit und den Schutz von Christen

Das „C“ ist für uns Programm



## Warum setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders für die Religionsfreiheit ein?

Die Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und das Grundgesetz schützen es. Für viele Menschen ist der Glaube das Fundament ihres Lebens. Sie müssen die Freiheit besitzen, ihren Glauben ohne Zwang und Beeinträchtigung auszuüben. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, betont deshalb: „Lange wurde der Einsatz für die Religionsfreiheit von der deutschen Politik vernachlässigt. Zu Unrecht, denn es geht um einen zentralen Bereich der menschlichen Würde und eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit.“ Weltweit ist zu beobachten, dass die Verletzung der Religionsfreiheit oft von anderen schweren Menschenrechtsverletzungen begleitet wird – bis hin zur Verletzung des Rechts auf Leben.

## Wann begann dieses Engagement?

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beobachtet schon seit Jahren mit Sorge, wie Christen an vielen Orten der Welt zunehmend bedrängt und verfolgt werden. Für die Fraktion ist das „C“ Programm. Sie macht Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbilds. Von daher ist es naheliegend, sich mit der Lage der Christen besonders zu beschäftigen. Das Engagement gilt aber auch anderen Religionen. So ist für die Union selbstverständlich, dass auch die Muslime in

Deutschland Moscheen bauen können. Im Koalitionsvertrag von 2013 wurde auf Initiative des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder die Bedeutung der Religionsfreiheit noch einmal besonders betont. Darin heißt es unter anderem: „Wir treten für die Religionsfreiheit als elementares Menschenrecht ein. Dies gilt auch für das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören und die Religion zu wechseln.“

## Warum gilt den verfolgten Christen das Hauptaugenmerk?

Christen haben weltweit am stärksten unter Bedrängnis und Verfolgung zu leiden. Diese Auffassung hat sich mittlerweile durchgesetzt. Manche Organisationen sprechen von etwa 100 Millionen betroffenen Gläubigen. Die Nachteile sind vielfältig: Sie reichen von unzureichendem Minderheitenschutz über staatliche Diskriminierung bis hin zu öffentlicher Herabwürdigung, offener Gewaltanwendung oder dem Druck, die Religion aufzugeben. Es gibt sogar Länder, in denen der Religionsübergang zum Christentum als todeswürdiges Verbrechen angesehen wird.

In immer mehr Staaten werden Christen aber nicht Opfer staatlicher Verfolgung, sondern von Aggressionen anderer religiöser und ethnischer Gruppen. Das ist besonders in Afrika zu beobachten. In Zentralafrika geht Gewalt aber auch von Christen aus. Weltweit leiden auch Angehörige anderer Religionen unter Benachteiligung und Verfolgung, etwa die Ba'hai im Iran oder Menschen jüdischen Glaubens in vielen Teilen der Welt. Dies verliert die Fraktion nicht aus dem Blick

## Was sind die Gründe für die Benachteiligung und Verfolgung von Christen?

Für die Christen ist die Bibel ein Buch der Verheißung. Berufen sich Menschen auf Botschaften der Heiligen Schrift wie Gerechtigkeit und Solidarität, wird dies mit-



Stand die Verteidigung der Religionsfreiheit bereits auf der Tagesordnung des Bundestags?

Auf Initiative der Unionsfraktion hat der Bundestag 2010 den Antrag „Religionsfreiheit weltweit schützen“ verabschiedet. Dies war auch auf das Engagement der AG Menschenrechte unter ihrer Vorsitzenden Erika Steinbach zurückzuführen. Das Parlament forderte die Bundesregierung auf, sich noch mehr für die Religionsfreiheit einzusetzen. Der Bischof der Chaldäisch-Katholischen Kirche aus Bagdad, Shlemon Warduni, erinnerte im Anschluss an die Debatte an das Leid der Christen in seinem Land: „Kommen Sie doch für eine Woche in den Irak, dann werden Sie sehen, ob es die Hölle gibt oder nicht.“ Im Parlament wurde auch die Lage der Christen in der Türkei erörtert. Das Augenmerk galt mehrfach dem von Enteignung bedrohten Kloster Mor Gabriel. Auch wenn 2014 ein Teil der Grundstücke an das Kloster zurückgegeben wurde, ist das christliche Leben in der Türkei immer noch schwierig.

Welche Aktivitäten hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber hinaus entfaltet?

Das besondere Engagement der Fraktion zeigt sich auch daran, dass sich einige Abgeordnete zu einem speziellen Arbeitskreis zusammengeschlossen haben. Er ist nach dem ersten christlichen Märtyrer Stephanus benannt. Die Mitglieder des Stephanus-Kreises tauschen sich mit Vertretern von christlichen Minderheiten und Nichtregierungsorganisationen aus. Einzelne Abgeordnete haben zudem parlamentarische Patenschaften für besonders gefährdete Christen übernommen. Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit hat die Fraktion mittlerweile auch einen Kongress zu dem Thema veranstaltet, an dem hochrangige Vertreter der großen christlichen Kirchen teilgenommen haben.

Auch auf Auslandsreisen wurde das Thema angesprochen. Mit Erfolg?

In Indien hat der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder 2011 die Zusage der Regierung des Bundesstaats Orissa erreicht, die Christen besser vor Übergriffen fanatischer Hindus zu schützen. Tatsächlich wurde zum Bei-



spiel an kritischen Tagen vor den Kirchen verstärkt Polizei postiert, um eine Wiederholung blutiger Übergriffe zu verhindern. Auch bei Besuchen in anderen Ländern wurde die Situation der Christen immer wieder angesprochen. Damit wird den Verantwortlichen klar gemacht, dass die Lage der Christen für das Ansehen des Landes nicht ohne Bedeutung ist. Mit den verschiedenen Regierungen

in Ägypten hat Kauder in den vergangenen Jahren auch immer wieder über die Lage der Kopten gesprochen.

Wie ist die Rolle der Vereinten Nationen zu verstehen?

Die Vereinten Nationen repräsentieren alle Staaten dieser Welt. Eine Mehrheit in der Vollversammlung für eine Resolution zur Verurteilung der Christenverfolgung war bisher nicht möglich, wie Generalsekretär Ban Ki Moon dem Fraktionsvorsitzenden bei seinem Besuch in New York erläuterte. Der VN-Generalsekretär ermutigte die Fraktion jedoch, ihren Einsatz für aus religiösen Gründen verfolgte Minderheiten fortzusetzen. Mit Professor Heiner Bielefeldt aus Nürnberg stellt Deutschland einen VN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit, der auf diesem Gebiet Vorkämpfer ist.

**Herausgeber**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer

**Kontakt**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Presse und Information  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin  
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46  
fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

**Bürgerinformation**

T 030. 2 27-5 55 50  
fraktion@cducsu.de

**Satz/Layout**

Heimrich & Hannot GmbH

**Druck**

Industriedruck GmbH  
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und  
sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

**Bildnachweis**

Open Doors, CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Ulrich Scharlack

**Bundestagsdrucksachen**

17/2334 Religionsfreiheit weltweit schützen, 30.6.2010;  
17/9185 Fortbestand des Klosters Mor Gabriel sicherstellen,  
27.3.2012

**Stand**

April 2014

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
dient ausschließlich der Information. Sie darf während  
eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung  
verwendet werden.